



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Der Rechnungshof überholt die Tricks der Tunnellobby

Soeben erschienen ist der Bericht des Rechnungshofes über die Straßenbahnprojekte Graz, Innsbruck und Linz mit aufschlussreichen Daten zu den aktuellen Kosten der Ausbaumaßnahmen. Der Tunnellobby und ihrem Anhang in der Politik, den Projektierungs- und Beratungsfirmen, kam dieser Bericht zur Unzeit, spekulierten sie doch auf lukrative Projekte.

Während die Salzburger Bevölkerung in ein Tunnelloch durch die Stadt gelockt wird, das schon auf den ersten 850 Metern mindestens 200 Millionen Euro kosten soll, planen und bauen die Städte Graz, Innsbruck und Linz ihre Straßenbahnen um 17 bis 23 Millionen pro Kilometer. Auch betont der Rechnungshof, dass der Straßenbahnausbau dazu beiträgt, die Klimaziele zu erreichen.

Nur in Salzburg geht das nicht, weil dort die Radien mindestens 200 Meter sein müssen und die Stadt nicht zum S-Link und den Bau- und Bankinteressen geometrisch dazupasst. Überall sonst auf der Welt fahren Straßenbahnen auch durch die engen Straßen der Städte mit Radien von 25 Metern um die Ecke – und das schon seit mehr als 100 Jahren. Also ein erprobtes System, das aber in der Regierung der Stadt und des Landes Salzburg noch nicht bekannt sein dürfte.

Dazu schreibt der Rechnungshof auf seiner Webseite: „Städte sollen zusätzliche Maßnahmen unterstützen, wie etwa City-Maut-Systeme, Tempobeschränkungen oder temporäre Fahrverbote“. Also Abzocke bei den Steuerzahlern. Dieses Projekt in Salzburg erinnert irgendwie an die Schildbürger, von denen einer auch im Ministerium sitzen muss und vielleicht auch im VCÖ, der ja sonst für den öffentlichen Verkehr ist, und bei der Bewertung mit dabei war.

Der Klimavorteil durch das Umsteigen vom Auto auf die Straßenbahn kostet in Graz, Linz und in nahezu allen Straßenbahnstädten der Welt mit wirksamer Klimapolitik weniger als ein Zehntel von dem in Salzburg. Die Steuerzahler müssen in Salzburg mehr als zehn Mal so viel zahlen, weil die Stadt- und Landespolitik es nicht schafft, wirksame Politik bei der Geldverwendung umzusetzen. Wenn der Rechnungshof die gleichem Kriterien bei den Tunnelgroßprojekten ansetzen wird, wird auch er sich noch wundern, was dort stattgefunden hat und immer noch stattfindet.



Die Bären sind los

Die Bärin „JJ4“ ist nicht der einzige „Problembär“ im Trentino (Italien). Schon im März gab es einen Angriff auf einen Gassigeher. Bei uns sind Bären aus Italien und Slowenien immer wieder auf „Besuch“.

Wäre es nach dem EU-Projekt „Life Ursus“ aus dem Jahr 1999 gegangen, hätten maximal 50 Bären im Trentino (Italien) bleiben sollen. Mittlerweile sind 100 aus ihnen geworden. Denn die Raubtiere haben sich nicht, wie geplant, unter anderem bei uns und in der Schweiz ausgebreitet.

Aus dem Programm ist auch die zu trauriger Berühmtheit gelangte Bärin „JJ4“, auch

„Gaia“ genannt, hervorgegangen. Die Mutter von drei Jungen tötete am 5. April einen 26jährigen Jogger.

Immerhin schafften es im vergangenen Jahr zwei Bären bis nach Tirol. Sie haben sich aber laut Christian Pichler, dem Artenschutzexperten des World Wide Fund for Nature (WWF), nicht dort niedergelassen. „Bei den Bären bleiben die Weibchen immer in der